



Wolff of Wall Street:

Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem



Wolff of Wall Street:
Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem



© 2020 Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien

Die Kapitel des vorliegenden Buches, mit denen Ernst Wolff das globale Finanzsystem erklärt, sind zwischen Februar 2019 und Juli 2020 als Videoclips auf dem Portal KenFM erschienen. Wir danken für die Überlassung der Rechte.

Cover: Gisela Scheubmayr/subgrafik, Foto: © shutterstock; Screenshot: KenFM

ISBN: 978-3-85371-882-7

(ISBN der gedruckten Ausgabe: 978-3-85371-474-4)

Fordern Sie unsere Kataloge an:

Promedia Verlag
Wickenburggasse 5/12
A-1080 Wien

E-Mail: promedia@mediashop.at

Internet: www.mediashop.at

www.verlag-promedia.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einleitung

1. Finanzmärkte

2. Zentralbanken

3. Derivate

4. Kreditausfall-Versicherung

5. Petrodollar

6. Bretton Woods

7. Geldschöpfung

8. Hedgefonds

9. Bail-out / Bail-in

10. Eurokrise

11. Deutsche Bank

12. Inflation & Deflation

13. Weltfinanzkrise

14. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

15. Neoliberalismus

16. Deregulierung

17. Bargeldabschaffung

18. Kryptowährungen

19. Steuervermeidung

20. Federal Reserve System

21. Rating-Agenturen

22. Internationaler Währungsfonds (IWF)

23. Plattform-Ökonomie

24. Cum-Ex
 25. Europäische Zentralbank (EZB)
 26. Leerverkäufe
 27. Marshallplan
 28. Modern Monetary Theory
 29. Schattenbanken
 30. Aktienrückkäufe
 31. Neue Seidenstraße
 32. Beinahe-Crash 1998
 33. Mindestreserve
 34. Trennbankensystem
 35. Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
 36. Weltwirtschaftskrise 1929
 37. Europäische Union
 38. Investmentbanking
 39. Handelskrieg USA-China
 40. Staatsanleihen
 41. Helikoptergeld
 42. Deutsches Wirtschaftswunder
 43. Negativzinsen
 44. Schweizer Bankgeheimnis
 45. Troika
 46. Verbriefungen
 47. Weltbank
 48. Freihandel
 49. Marktwirtschaft
 50. Planwirtschaft
 51. Wirtschaftssanktionen
 52. Demokratisches Geldsystem
- Corona-Virus – Super-GAU für die Weltwirtschaft
Corona-Pandemie – Hedgefonds und das Ende des Mittelstands

Der Lockdown und der digital-finanzielle Komplex

TIMELINE

Der Autor:

Ernst Wolff, geboren 1950, wuchs in Südostasien auf. Er studierte Philosophie und Geschichte in Deutschland und den USA und arbeitet als Journalist, Drehbuchautor und Dolmetscher. Zuletzt erschienen von ihm: „Weltmacht IWF. Chronik eines Raubzuges“ (2014) und „Finanz-Tsunami. Wie das globale Finanzsystem uns alle bedroht“ (2017).

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

In diesem Buch versuche ich das globale Finanzsystem so erklären, dass auch Laien es in seinen Grundzügen verstehen können. Es geht mir darum, einen Bereich unserer Gesellschaft zu entschlüsseln, der von immenser Bedeutung ist, weil er unser Leben immer stärker bestimmt und unsere Zukunft zunehmend gefährdet.

Wie groß die Gefahr ist, hat sich zuletzt im März/April 2020 gezeigt. Wegen des Ölpreiseinbruchs infolge der einsetzenden weltweiten Rezession und der dadurch ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten musste der Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zum dritten Mal seit der Jahrtausendwende verhindert werden.

Diese jüngste Rettungsaktion unterschied sich allerdings grundlegend von den beiden vorangegangenen Noteinsätzen, sowohl dem nach der Weltfinanzkrise 2007/08 als auch dem auf dem Höhepunkt der Eurokrise 2012/13. Es wurden nämlich mehrere Rekorde aufgestellt, die einen geschichtlichen Wendepunkt markieren. Noch nie sind Aktienkurse in so kurzer Zeit so stark eingebrochen wie im März 2020. Noch nie haben die Zentralbanken daraufhin so hohe Geldsummen ins System gepumpt und noch nie haben sich die Aktienmärkte so schnell erholt wie im April 2020.

Den meisten Menschen ist das wahre Ausmaß dieser Entwicklung allerdings nicht bewusst geworden, weil ihre Aufmerksamkeit in dieser Zeit fast ausschließlich der Corona-Pandemie galt. Die Extreme an den Finanzmärkten sind für uns alle jedoch von existenzieller Bedeutung. Diejenigen, die vom gegenwärtigen System

profitieren, haben durch ihre Maßnahmen zur Rettung des Systems nämlich gezeigt: Sie werden nichts unversucht lassen, um es auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

Wir übrigen werden dafür einen hohen Preis zahlen müssen: Uns erwarten eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, die bisher schärfsten Austeritätsprogramme und eine sich beschleunigende Entwertung des Geldes. Außerdem müssen wir mit einer zunehmenden Massenarmut rechnen, die das Potenzial hat, gewaltige soziale Unruhen bis hin zu Bürgerkriegen auszulösen.

Auf jeden Fall werden die Verantwortlichen sich wegen der Zuspitzung sozialer Konflikte nur an der Macht halten können, wenn sie unsere Rechte noch stärker beschneiden, uns noch gründlicher kontrollieren und notfalls mit Gewalt disziplinieren. Da dieser Prozess nicht aufzuhalten und schon gar nicht umzukehren ist, gibt es aus der gegenwärtigen Situation nur einen Ausweg: Das bestehende Wirtschafts- und Finanzsystem muss beendet und durch ein System ersetzt werden, das der Mehrheit der Menschen und nicht wie das gegenwärtige einer verschwindend kleinen Minderheit nützt.

Ist eine solche Veränderung angesichts der aktuellen Machtverhältnisse utopisch? Ganz sicher nicht, denn die große Mehrheit der Menschen wird wegen der vor uns stehenden Umbrüche in einen immer stärkeren Konflikt mit den bestehenden Verhältnissen geraten und daher immer drängender nach einem Ausweg suchen. Allerdings wird sich ihr dabei ein gewaltiges Hindernis in den Weg stellen: die weit verbreitete Unkenntnis der Funktionsweise des bestehenden Systems.

Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart in der systematischen Aufklärung über die Hintergründe und Zusammenhänge des globalen Wirtschafts- und Finanzkreislaufs.

Nur wenn die Mehrheit der Menschen seine grundlegenden Mechanismen versteht, wird es möglich sein, sein zerstörerisches Wirken gewaltfrei zu beenden und eine friedliche und wahrhaft demokratische Umgestaltung der Verhältnisse in Angriff zu nehmen.

Diesem Zweck dient das vorliegende Buch, das auch als Nachschlagewerk gedacht ist, mit dem sich das einmal erworbene Wissen jederzeit wieder auffrischen lässt und dessen Erläuterungen per Klick auf den Link auch als Videoclips gehört und gesehen werden können.

Der Anhang des Buches enthält eine Timeline, die die Geschichte des aktuellen Finanzsystems von seiner Gründung 1944 bis heute grob nachzeichnet, und drei im Zuge der Corona-Krise veröffentlichte „Wolff of Wall Street Spezial“-Folgen, in denen die damals aktuellen Vorgänge im Finanzsystem erläutert werden.

Ernst Wolff

Berlin, im Juli 2020

Einleitung

„Nicht das, was du nicht weißt, bringt dich in Schwierigkeiten, sondern das, was du fälschlicherweise zu wissen glaubst.“

(Mark Twain)

Die zwei großen Fehleinschätzungen unserer Zeit

Es gibt in unserer Gesellschaft zwei Ansichten, die von der überwiegenden Mehrheit der Menschen geteilt und von fast niemandem angezweifelt werden. Sie betreffen zum einen die politischen Strukturen, unter denen wir leben, und zum anderen die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Realität, auf der diese politischen Strukturen basieren. Zusammen bilden beide so etwas wie eine von der breiten Allgemeinheit stillschweigend akzeptierte Übereinkunft.

Ansicht Nr. 1 lautet: Bei uns regiert das Volk.

Ansicht Nr. 2 lautet: Das Finanzsystem ist nur ein Teilbereich unserer Gesellschaft, den man nicht unbedingt verstehen muss.

Geht man diesen Ansichten auf den Grund, dann stellt man allerdings fest, dass sie nicht etwa auf intellektueller Einsicht oder auf Erfahrungswerten basieren, sondern den Menschen zunächst von Elternhaus, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Universitäten mit auf den Weg gegeben und später ein Leben lang von Medien, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eingetrichtert werden – mit dem Ergebnis, dass ihr Wahrheitsgehalt kaum jemals in Frage gestellt wird.

Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass sich hinter diesen Ansichten ganz handfeste Interessen verbergen, deren Durchsetzung

nur einem kleinen Teil der Bevölkerung nützt. Im Grunde handelt es sich also um zwei vorsätzlich herbeigeführte Fehleinschätzungen, die weitreichende Konsequenzen haben. Sie tragen nämlich entscheidend dazu bei, die bestehende Ordnung und ihre Machtstrukturen zu festigen und verhindern so, dass die Menschen diese Strukturen durchschauen – mit der Folge, dass sie dadurch unfähig werden, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern.

Sehen wir uns beide Fehleinschätzungen deshalb etwas genauer an:

Fehleinschätzung Nr. 1: „Bei uns regiert das Volk“

In einem Obergeschoss des Berliner Hauptbahnhofs hängt ein Schild mit der Aufschrift „400 Meter von hier regiert das Volk“. Der Hinweis gilt dem südlich vom Bahnhof gelegenen Reichstagsgebäude, Sitz des deutschen Parlaments, und soll dem Betrachter ganz offensichtlich eine uns allen bekannte Botschaft vermitteln:

Wir leben in einem Gesellschaftssystem, in dem wir als Volk das Sagen haben. Und da das Volk zu groß ist, um als Ganzes regieren zu können, übergeben wir diese Aufgabe an sogenannte Volksvertreter. Die bestimmen wir, indem wir sie alle vier Jahre wählen. Sollten sie nicht so handeln, wie wir das von ihnen erwarten, dann können wir sie nach dem Ablauf ihrer Amtszeit wieder abwählen und durch andere ersetzen.

Diese Grundsätze der parlamentarischen Demokratie werden uns von Kindesbeinen an mit auf den Weg gegeben und im Verlaufe unseres Lebens durch eine Reihe weiterer Informationen ergänzt und untermauert. So erfahren wir unter anderem: Unsere Wahlen sind frei, gleich, geheim, allgemein und unmittelbar und werden auf

der Grundlage einer Verfassung abgehalten, die unsere Würde für unantastbar erklärt und uns körperliche Unversehrtheit garantiert. Wir sind vor dem Gesetz alle gleich und haben das Recht, unsere Meinung zu äußern und uns mit anderen zum Zwecke gemeinsamer Meinungsäußerung zu versammeln.

Die Formulierungen erwecken in uns den Eindruck, dass es sich bei der parlamentarischen Demokratie um ein zu unser aller Gunsten entwickeltes System handelt, das den Einzelnen schützt, dem Gemeinwohl dient und dessen oberstes Ziel darin besteht, den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in die Tat umzusetzen.

Doch ist das tatsächlich so? Wollen wir alle, dass immer weniger Menschen immer größere Vermögen anhäufen, während der Lebensstandard der Masse bestenfalls stagniert, in vielen Fällen sogar sinkt? Dass der Niedriglohnsektor explodiert, dass Arbeits- und Obdachlosigkeit um sich greifen? Dass von Jahr zu Jahr mehr Geld für Rüstung und den Ausbau von Sicherheitsapparaten ausgegeben wird, während am Bildungs- und Gesundheitswesen immer drastischer gespart wird? Sind wir dafür, dass die Umwelt zunehmend zerstört wird? Dass in unserem Namen Kriegseinsätze unterstützt werden? Dass Persönlichkeitsrechte abgebaut und wir alle immer stärker überwacht werden?

Wendet man sich direkt an die Menschen und fragt sie, was sie von dieser Entwicklung halten, dann fällt die Antwort eindeutig aus: Die meisten sind damit nicht einverstanden, viele lehnen sie sogar rundheraus ab.

Wie aber kann das sein? Wie kommt es, dass zwischen dem, was die Menschen wollen, und dem, was in ihrem Namen und auf Grund ihrer offensichtlich frei getroffenen Wahlentscheidung umgesetzt wird, ein solch krasses Missverhältnis besteht – in einer Gesellschaft, deren Verfassung doch besagt, dass alle Macht vom Volk ausgeht?

Wir lassen uns täuschen

Die Antwort auf diese Frage lautet: Wir lassen uns täuschen. Wir akzeptieren die wohlklingenden Formulierungen unserer Verfassung, die auf dem Gleichheitsgrundsatz basieren, und schließen daraus, dass wir alle nicht nur gleiche Rechte genießen und gleich behandelt werden, sondern dass wir alle gleich sind.

Das aber stimmt nicht. In einer vom Geld beherrschten Gesellschaft wie der unseren können die Menschen wegen ihrer Vermögensverhältnisse gar nicht gleich sein. Wer über viel Geld und großen Besitz verfügt, ist nämlich nicht nur wohlhabender, sondern kann sich auf Grund seiner wirtschaftlichen Überlegenheit über diejenigen, die weniger besitzen, erheben, sie von sich abhängig machen und sie im Extremfall sogar vollends beherrschen. Die Vermögensverhältnisse entscheiden also nicht nur darüber, wer reich und wer arm ist, sondern vor allem darüber, wer in welchem Ausmaß Macht ausüben kann und welche gesellschaftlichen Hierarchien sich im Lauf der Zeit bilden.

Diese Aufspaltung der Gesellschaft hat schon lange vor der Einführung des Parlamentarismus und sogar schon lange vor der Einführung des Geldes begonnen. Ihre Anfänge gehen auf die Tauschwirtschaft zurück. Sie ist die Grundlage, auf der sich ein Zustand entwickeln konnte, der die gesamte bisherige Geschichte der Menschheit prägt: die soziale Ungleichheit. Sie hat es den Menschen, die mehr Besitz angehäuft und damit mehr Macht erlangt haben als andere, ermöglicht, Strukturen zu schaffen, die ihren privilegierten Status festigen, die sie einmal erworbene Privilegien auf Dauer beibehalten und diese sogar auf nachfolgende Generationen übertragen lassen.

Im ausgehenden Mittelalter sind die Besitzer großer Vermögen noch einen Schritt weiter gegangen und haben sich das Geldsystem und damit den Blutkreislauf der Gesellschaft unterworfen, indem sie Banken gegründet und sich so das Recht der Geldschöpfung angeeignet haben. Später, nach der Gründung der Nationalstaaten, haben die von ihnen beherrschten Banken sich dieses Recht auf der Grundlage nationaler Währungen mit den Zentralbanken geteilt und damit als „Finanzwesen“ einen ganz eigenen Wirtschaftszweig geschaffen, der mit der Zeit immer einflussreicher wurde.

Da dem Rest der Bevölkerung nicht entging, dass auf diese Weise einige wenige zusehends reicher und mächtiger wurden, hat sich immer stärkerer Widerstand gegen diese Entwicklung gebildet. Als mit der Industrialisierung dann Schulen eingeführt, der Analphabetismus nach und nach überwunden und das allgemeine Bildungsniveau immer weiter angehoben wurde, nahm dieser Widerstand für die Privilegierten zunehmend bedrohlichere Formen an, sodass sie sich gezwungen sahen, Zugeständnisse zu machen.

Ein historisches Zugeständnis

Das historisch wichtigste Zugeständnis – und die zugleich geschickteste Täuschung der Öffentlichkeit – war die Einführung des Parlamentarismus. Indem die Gleichheit der Menschen in einer von Ungleichheit geprägten Welt zum Verfassungsgrundsatz erhoben wurde, entstand mit der parlamentarischen Demokratie eine Fassade, hinter der sich die tatsächlichen Machtstrukturen nicht nur hervorragend verbergen, sondern ungehindert weiter ausbauen ließen.

Das Prinzip dieser Täuschung ist im Grunde recht einfach: Man unterschlägt einen fundamental bedeutsamen Mechanismus, der die

gesellschaftliche Realität seit Jahrhunderten prägt, und übertüncht ihn mit hochtrabenden Worten. So gibt es bis heute weltweit keine einzige parlamentarische Demokratie, in deren Verfassung die Bedeutung des Geldes für die Entstehung von Machtstrukturen erwähnt oder in der das Prinzip der Geldschöpfung auch nur angesprochen wird. Dafür aber wird in den meisten Verfassungen, verbrämt mit blumigen Formulierungen über die soziale Verpflichtung von Eigentum, der Schutz desselben garantiert – und zwar ohne jede Begrenzung nach oben.

Auf diese Weise ist eine Herrschaftsform entstanden, die sich vordergründig auf den Willen der Mehrheit des Volkes stützt, die aber tatsächlich einer Minderheit nützt und die es darüber hinaus geschafft hat, die soziale Ungleichheit in krassem Widerspruch zum offiziell beteuerten Gleichheitsgrundsatz zu einem akzeptierten und gesetzlich geschützten Dauerzustand werden zu lassen.

Fehleinschätzung Nr. 2: „Das Finanzsystem ist nur ein Teilbereich unserer Gesellschaft, den man nicht unbedingt verstehen muss.“

Die Fassade der parlamentarischen Demokratie hat es dem Finanzsektor ermöglicht, sich über Jahrhunderte hinweg weitgehend unkontrolliert zu entwickeln. Es sind aber noch zwei weitere Faktoren hinzugekommen, die ihm geholfen haben, beständig an Macht und Einfluss zu gewinnen: Zum einen hat die Bankenwelt im Laufe der Zeit eine eigene Fachsprache entwickelt, die Außenstehenden den Zugang erschwert und das Verständnis von Hintergründen und Zusammenhängen fast unmöglich macht. Zum anderen sind den meisten Menschen die Auswirkungen der Vorgänge im Finanzwesen auf das eigene Leben nicht bewusst.

Aus diesen Gründen nimmt das Finanzwesen in der Wahrnehmung der meisten Menschen bis heute einen eher untergeordneten Platz ein. Oft steht es auf einer Stufe mit anderen Teilbereichen der Gesellschaft wie dem Gesundheits- oder dem Ausbildungswesen, und in vielen Fällen erfährt es sogar noch weniger Aufmerksamkeit.

Diese Mischung aus Desinteresse und Unverständnis ist vom Finanzsektor im vergangenen halben Jahrhundert in historisch einmaliger Weise ausgenutzt worden und hat ihm dazu verholfen, von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt zur stärksten Macht zu werden, die es jemals auf unserem Planeten gegeben hat – mit der Folge, dass unser gesamtes Leben heute bis ins kleinste Detail von den Vorgängen an den Finanzmärkten geprägt und beeinflusst wird.

Wie sind die Finanzmärkte so mächtig geworden?

Das gegenwärtige Finanzsystem ist am Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden und spiegelt noch immer die damaligen Machtverhältnisse wider. Zentraler Dreh- und Angelpunkt des Systems ist der US-Dollar, der 1944 zur globalen Leitwährung erklärt wurde und Ende der 1940er Jahre einen historischen Siegeszug um die Welt antrat, der als „Nachkriegsboom“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist.

Größter Nutznießer dieses Wirtschaftsaufschwungs waren die amerikanischen und europäischen Banken, die die Wirtschaft mit Krediten versorgten und daran glänzend verdienten. Als der Boom in der Mitte der 1970er Jahre zu Ende ging, ging aber auch die Nachfrage nach Krediten zurück, so dass die Banken sich nach anderen Verdienstmöglichkeiten umzusehen begannen.

Auf Grund ihrer in den vorangegangenen Jahrzehnten gewonnenen finanziellen Macht drängten sie die Politik, die rechtlichen Vorschriften für den Bankensektor zu lockern und ihnen so neue Profitquellen zu eröffnen. Das Drängen hatte Erfolg und setzte einen Prozess in Gang, der heute als Deregulierung bekannt ist und das Gesicht der Weltwirtschaft von Grund auf verändert hat.

Einer der wichtigsten Meilensteine der Deregulierung war die Zulassung von Hedgefonds. Dabei handelt es sich um Vermögensverwaltungen einer ultrareichen Klientel, die wie Banken arbeiten dürfen, ihren gesetzlichen Vorschriften aber nicht unterliegen. Dieser Schritt war die größte Machterweiterung, die die Banken in ihrer über 500-jährigen Geschichte erlebt hatten, denn er ermöglichte es ihnen, eigene Hedgefonds zu gründen und fortan all die Geschäfte zu betreiben, die ihnen zuvor verboten waren.

Die Zugeständnisse an die Finanzindustrie gingen allerdings noch weiter. Im Zuge der Deregulierung wurden auch Aktienrückkäufe, die zuvor als unlauteres Instrument zur Kursmanipulation verboten waren, erlaubt. In den angelsächsischen Ländern wurde das Trennbankensystem abgeschafft, das nach dem Börsencrash von 1929 zum Schutz von Bankkunden eingeführt worden war. Rund um die Welt wurden immer neue Steueroasen geschaffen, Briefkastenfirmen zugelassen und Bilanzvorschriften gelockert.

Besonders wichtig war die Einführung immer neuer Finanzprodukte, insbesondere von Derivaten. Auch wenn diese historisch einmal zur Absicherung von Risiken erfunden worden sind, handelt es sich bei ihnen in ihrer heutigen Form zum weitaus überwiegenden Teil um nichts anderes als um Wetten, mit denen Investoren auf zukünftige Preise, Kurse oder Zinssätze setzen. Ihr Umfang ist im vergangenen Vierteljahrhundert exponentiell

gewachsen und nimmt heute den mit Abstand größten Platz im gesamten globalen Finanzgefüge ein.

Die Folge dieser Maßnahmen war ein ungezügelttes Wachstum des Finanzsektors, das zur „Finanzialisierung“ der gesamten Weltwirtschaft führte. Geld, das vorher in Form von Investitionen in die industrielle Produktion geflossen war, wanderte in immer größerer Menge in den Finanzsektor. Während die Realwirtschaft zu verkümmern begann, nahm die Spekulation an den Finanzmärkten exponentiell zu und verwandelte sie in ein globales Casino, in dem mit den Wetteinsätzen auch die Risiken immer weiter anstiegen.

Mehrere Beinahe-Zusammenbrüche – mit immer schlimmeren Folgen

Das blieb nicht ohne Folgen. 1998 geriet das globale Finanzsystem zum ersten Mal an den Rand des Zusammenbruchs, weil sich ein amerikanischer Hedgefonds im internationalen Währungsgeschäft verspekuliert hatte. Damals tat sich eine Gruppe von Großbanken zusammen und rettete das System und damit sich selbst durch einen Feuerwehreinsatz, der etwa vier Milliarden Dollar kostete.

2007/08 kam es zum zweiten Beinahe-Zusammenbruch. Diesmal waren die Folgen erheblich schlimmer. Die Summen, um die es ging, waren so hoch, dass die Banken überfordert waren und die Regierungen eingreifen mussten. Da deren Haushalte aber auch nicht ausreichten, um das System dauerhaft zu stabilisieren, sprangen anschließend die Zentralbanken ein und hielten es künstlich am Leben, indem sie immer mehr Geld schufen und es zu immer niedrigeren Zinsen vergaben.

In der Eurokrise verschärften sich die Probleme noch einmal, denn nun mussten nicht nur Finanzinstitute, sondern ganze Staaten vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Den vorläufigen Höhepunkt bildete 2020 die Corona-Krise, in deren Verlauf die Weltwirtschaft zum ersten Mal in ihrer Geschichte zum Stillstand gebracht wurde – mit der Folge, dass der globale Schuldenstand astronomisch in die Höhe schoss und das System nur noch mittels einer nie dagewesenen Geldschwemme am Leben erhalten werden konnte.

Jede dieser Krisen hat den Prozess der Vermögens- und damit der Machtkonzentration weiter vorangetrieben und gleichzeitig ein neues, unüberwindbares Problem geschaffen: Die Mittel, die zur Rettung des Systems eingesetzt werden können, sind weitgehend ausgeschöpft. Da die Verantwortlichen in der nächsten Krise dennoch gezwungen sein werden zu reagieren, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben als die Zinsen in den Negativbereich zu senken, noch mehr Geld zu mobilisieren, die Inflation anzuheizen und das System so noch stärker zu destabilisieren.

Damit aber ist die Welt an einem Wendepunkt angekommen, denn das System lässt sich auf Dauer nur noch durch solche Maßnahmen am Leben erhalten, die seine Grundlagen zerstören. Der Finanzsektor, der einmal aus der Realwirtschaft hervorgegangen ist, gleicht mittlerweile einem Tumor, der seinem Wirt nach und nach alle Lebenskraft entzieht und inzwischen ein Stadium erreicht hat, in dem nur noch seine radikale Entfernung helfen kann, den Wirt am Leben zu erhalten.

Diese Rettung aber erfordert die Bereitschaft des Wirtes, sich retten zu lassen und die wiederum setzt voraus, dass der Wirt erkennt, dass sein schlechter Zustand auf den Tumor zurückzuführen ist. Auf unsere Gesellschaft bezogen, bedeutet das: